

## Der NOK feiert 125. Geburtstag

**Nord-Ostsee-Kanal ist die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt**



© WSA Holtenau

Bei der Zahl der Schiffspassagen kommt der Nordostseekanal häufig an seine Grenzen

In Deutschlands Norden feierte man im Juni das 125-jährige Jubiläum der Einweihung des Nord-Ostsee-Kanals (NOK). Weitsichtige Politiker hatten damals die Bedeutung von großen Verkehrswegen erkannt. Trotz vieler Widerstände wurden die notwendigen Mittel und Ressourcen bereitgestellt. Nicht vergessen darf man heute allerdings auch, dass es wohl insbesondere militärstrategische Argumente waren, die letztlich den Ausschlag für das größte Infrastrukturprojekt der damaligen Zeit gaben.

Handels- und wirtschaftspolitisch hat sich der Kanal als Erfolgsgeschichte erwiesen. Er ist heute die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt. Und er hat eine immense wirtschaftspolitische Bedeutung für den Norden. Denn über die Hälfte der im Hamburger Hafen umgeschlagenen Überseecontainer werden durch den Kanal im Ostseeraum verteilt. Heute geht es weniger um die Vermeidung von Gefahren beim Durchfahren des Skageraks als vielmehr um das Einsparen von Treibstoff und zuverlässige Ankunftsstermine. Deshalb muss der Kanal ständig an die aktuellen Anforderungen der Schifffahrt angepasst werden.

Der Blick in die Baugeschichte macht aber auch nachdenklich: Die 100 Kilometer lange Wasserstraße wurde bis 1895 in gerade

einmal acht Jahren Bauzeit fertiggestellt. Es gab weder terminliche Verzögerungen noch Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Schätzung. Bis zu 9.000 Menschen arbeiteten auf der damals größten Baustelle Deutschlands mit einfachster Technik. Sie wurden für damalige Verhältnisse ordentlich bezahlt und modern untergebracht. Nicht nur die erheblichen Erdbauarbeiten in schwierigem Gelände, sondern auch die zahlreichen Brücken und Schleusenanlagen stellten für die damals verantwortlichen Ingenieure Neuland dar.

Und heute? Die Sanierung des Rendsburger Tunnels dauert länger als der Bau des ganzen damaligen Kanals. Kosten und Bauzeiten explodieren auch beim Neubau einer fünften Schleuse in Brunsbüttel sowie der notwendigen Verbreiterung der Oststrecke. Dabei können die Ingenieure heute auf modernste Technik, Computerunterstützung und Erfahrungen zahlreicher vergleichbarer Bauprojekte zurückgreifen.

Neben die Freude über die damals weitsichtigen Entscheidungen tritt heute bei den Steuerzahlern auch große Nachdenklichkeit, wenn wir in die Geschichte des wichtigsten Verkehrsprojektes Norddeutschlands schauen.

[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

*Im Nord-Kurier lesen Sie:*



**Hamburg:** Hier dreht sich alles um die Kaffeebohne: Die Rösterei Coffeum in Hamburg sorgt für Genuss und ihr Geschäftsführer Ulrich Mansau bietet nahe des Hauptbahnhofs ein Kaffeesortiment von rund 50 Sorten. Das Unternehmen ist bislang gut durch die Corona-Krise gekommen.

S. 4



**Mecklenburg-Vorpommern:** In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist die Frage nach wohnortnahen Geburtsstationen an Kliniken besonders drängend. Hier: Demonstranten für die Geburtsstation in Crivitz und die Kinderklinik in Parchim.

S. 7

# Grundsteuer – Grüne setzen sich (leider) durch

## Bewertungsmodell beschlossen – Aufwand der Finanzämter ist dabei immens

**In einem wichtigen und für viele Steuerzahler folgenschweren Streitpunkt haben sich die Grünen in der Kieler Jamaika-Koalition gegen CDU und FDP durchgesetzt. Das Land wird das von Bundesfinanzminister Olaf Scholz ausgearbeitete Bewertungsmodell bei der Grundsteuer umsetzen.**



Für den Bund der Steuerzahler und dessen Präsidenten Aloys Altmann (Bild) ist diese Entscheidung eine große Enttäuschung: „Das Bundesmodell ist der falsche Weg für die Zukunft der

für die Kommunen in Schleswig-Holstein unverzichtbaren Grundsteuer. Die landesweite Neubewertung aller Grundstücke wird die Finanzverwaltung in Schleswig-Holstein überfordern. Für die regelmäßigen Bewertungen ist die Einstellung zahlreicher zusätzlicher Finanzbeamter notwendig. Kosten und Bürokratie steigen. Es ist daher für uns unverständlich, dass sich in diesem wichtigen Punkt CDU und FDP nicht haben durchsetzen können“, kommentierte Altmann vor der Presse.

Bereits 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht die bisherige Form der Grundsteuerberechnung nach den sogenannten Einheitswerten für verfassungswidrig erklärt. Spätestens ab 2025 muss die Grundsteuer nach einer neuen Systematik berechnet werden. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat dazu ein Modell entwickelt, das sich auf die Größe der Nutzfläche und den Wert der Grundstückslage bezieht. Das Problem: Zur Umsetzung müssten bis Ende 2021 alle 35 Millionen Grundstücke in Deutschland neu bewertet werden. Allein dafür rechnet Scholz selbst mit dem Bedarf von 2.000 zusätzlichen Beamten in den Finanzämtern der Länder. Doch auch danach ist alle sieben Jahre eine Neubewertung notwendig, sodass sich der personelle Mehraufwand verstetigt. Deshalb haben die Bundesländer durchgesetzt, in einer Ausstiegsklausel auch andere Bewertungsmethoden vornehmen zu können.

Für viele Finanzpolitiker bei den Grünen ist die Grundsteuerberechnung nach dem Grundstückswert ein Lieblingsprojekt, weil sie damit die im Parteiprogramm favorisierte aber mit dem Grundgesetz nicht vereinbare Vermögenssteuer quasi durch die Hintertür doch noch „ein Stück weit“ durchsetzen können. Und im Streit innerhalb der Kieler Jamaika-Koalition spielen ihnen die formalen Notwendigkeiten in die Hände: Um die Ausstiegsklausel bei der Grundstücksbewertung nutzen zu können, müsste das Land ein eigenes Gesetz beschließen. Dafür ist nach dem Koalitionsvertrag jedoch die Einstimmigkeit der Partner notwendig. Außerdem müsste der Entwurf ausgerechnet in dem von der Grünen Monika Heinold geführten Finanzministerium ausgearbeitet werden.



Da gehört bei Heinold zu den Anhängern einer wertbasierten Grundsteuer.

Geradezu absurd ist aber die Begründung, mit der Heinold eine Entscheidung im Koalitionsausschuss zum Höhepunkt der Corona-Krise durchsetzte. Sie behauptete, ihr Finanzministerium habe angesichts der Epidemie keine freien Kapazitäten, um einen alternativen Gesetzentwurf auszuarbeiten oder auch nur zu prüfen. Außerdem bräuchte man jetzt Klarheit, um bereits die Bewertung der Grundstücke in Schleswig-Holstein vorbereiten zu können. Diese Argumentation ist gleich aus mehreren Gründen widersprüchlich: Denn für die Neubewertung aller Grundstücke in Schleswig-Holstein nach ihrer Größe und ihrer Lage sind deutlich mehr Kapazitäten notwendig als für die Ausarbeitung eines

Gesetzentwurfes, der einfacher zu administrieren ist. Und mehrere andere große Bundesländer haben mittlerweile Alternativmodelle vorgeschlagen, die in Schleswig-Holstein übernommen werden könnten. Dazu gehören beispielsweise Bayern, Hessen, Niedersachsen sowie Baden-Württemberg, in dem es sogar einen grünen Ministerpräsidenten gibt. Und im aktuellen Hamburger Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen wird die Prüfung mehrerer alternativer Modelle ausdrücklich offengehalten. Es besteht also weder ein Zeitdruck noch ein Mangel an Vorschlägen.

Viele Befürworter des Bewertungsmodells hoffen auf eine gerechtere Besteuerung. Es wird immer wieder damit argumentiert, dass die Villa mit Meerblick höher besteuert werden müsse als das kleine Siedlungshaus im Landesinneren. Doch dieses ist bereits heute der Fall! Modellrechnungen ergeben, dass die Besteuerung von Luxusimmobilien kaum steigen wird. Teurer werden allerdings Mehrfamilienhäuser mit vielen Wohnungen in guten Innenstadtlagen. Hier können die Eigentümer die Grundsteuer aber als Nebenkosten auf die Mieter umlegen. Die Mehrbelastung trifft also gerade auch viele Mieter.

Hinzu kommt die juristische Unsicherheit: Wenn die Beamten der Finanzämter eine Immobilie nach Bodenwert und Lage höher einschätzen als ein vereidigter Sachverständiger nach Besichtigung vor Ort, wird der Eigentümer im Zweifelsfall gegen das Finanzamt vor Gericht ziehen. Absehbar sind viele Streitfälle, die sich mit Gutachten und Gegengutachten über Jahre hinziehen können. Dieses belastet nicht nur die Gerichte zusätzlich, sondern führt auch zu einer großen Unsicherheit bei den Kommunen, für die die Grundsteuereinnahmen eine ganz wichtige Konstante bei der Finanzierung ihrer Aufgaben sind.

Für uns bleibt nur die Hoffnung auf die Landtagswahl 2022. Danach können sich die Politiker immer noch für ein besseres Alternativmodell entscheiden!

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

Es gilt a  
on EU

ie Zei

1.1.

1.2.

# Gießkannen- prinzip



© BilderBox.com

## Landesregierung für bessere Beamtenbesoldung ohne Unterschiede

**Schleswig-Holsteins Landesregierung will die Besoldungsstruktur der Beamten verbessern nach dem Gießkannenprinzip – also ohne Differenzierung nach Leistung und Qualifikation. Wir kritisieren, dass mehr Geld allein noch keine besseren Staatsdiener macht.**

Als Bürger erwarten wir alle eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung. Dafür müssen die Mitarbeiter qualifiziert und motiviert sein. Deshalb liegt es in unser aller Interesse, attraktive Arbeitsbedingungen anzubieten. Doch Erfolg wird eine Besoldungsstrukturänderung nur dann haben, wenn sie nach Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter unterscheidet.

Klar ist, dass die derzeitige Besoldungsstruktur für besonders qualifizierte und leistungsbereite Beamte im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht attraktiv ist, vor allem für Qualifikationen, die am Arbeitsmarkt besonders stark nachgefragt werden. So gelingt es kaum noch, gute Ingenieure, EDV-Fachleute und Finanzexperten zu gewinnen. Sie können in der Privatwirtschaft besser verdienen und schneller Karriere machen. Umgekehrt gilt dieses aber genauso: Diejenigen, die weniger qualifiziert sind oder denen es an entsprechender Leistungsbereitschaft fehlt, bekommen im öffentlichen Dienst das gleiche Gehalt bei den gleichen Arbeitsbedingungen. In der Privatwirtschaft müssten sie deutlich mehr leisten.

Darum halten wir es für verkehrt, im Gesetzentwurf schon jetzt einen linearen An-

stieg aller Besoldungsgruppen bis zum Jahr 2024 festzuschreiben. Allein hierfür sollen jährlich 34,6 Millionen Euro mehr ausgegeben werden. Das sind rund 75 Prozent des Gesamtvolumens für die Verbesserungen des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein. Wir haben in einer Stellungnahme an den Landtag deutlich gemacht, dass wir dieses Geld gerne für eine Attraktivitätssteigerung der Beamtenlaufbahn ausgeben wollen, aber eben zielgerichtet dort, wo Bedarf besteht. So könnten beispielsweise Stellenzulagen geschaffen werden für Aufgabenbereiche, in denen es derzeit keine oder zu wenig qualifizierte Bewerber gibt. Ebenso halten wir Leistungsprämien für sinnvoll.

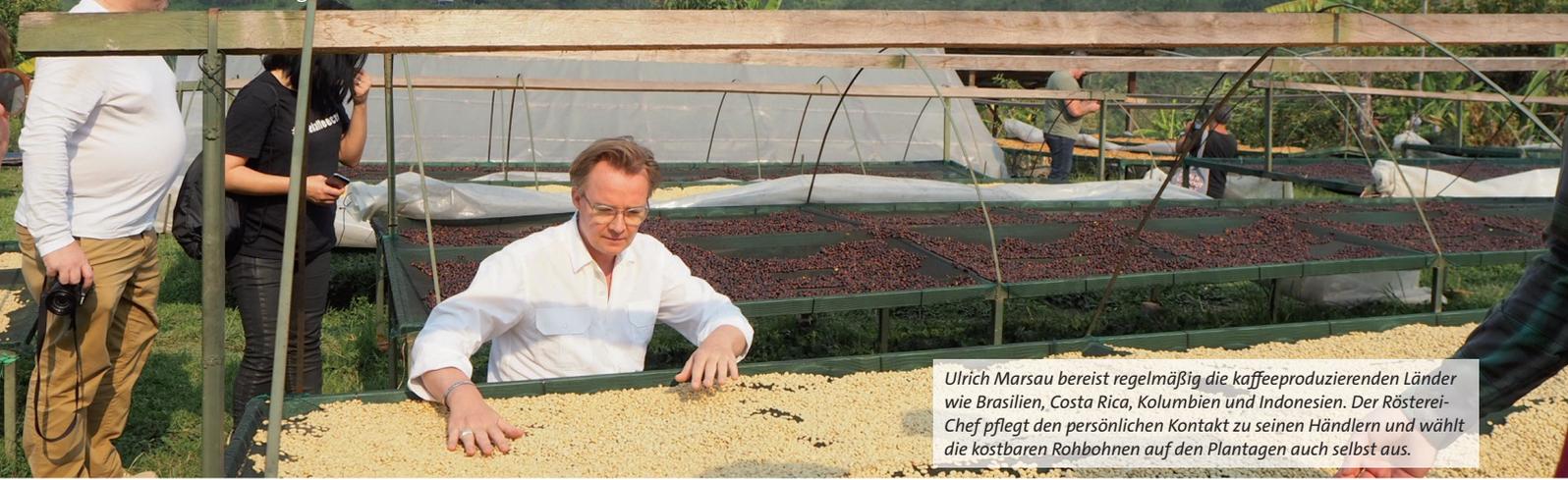
Bereits heute mittelfristig einen jährlichen Besoldungsanstieg für alle Beamten gesetzlich festzulegen, hat dagegen noch ein weiteres „Geschmäckle“: Für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst werden die Gehälter zwischen den Gewerkschaften und der Landesregierung in Tarifverträgen ausgehandelt. Die Übernahme dieser Ergebnisse auch für die Beamten muss dagegen durch den Landtag beschlossen werden. Häufig war es in der Vergangenheit sehr zum Unwillen der Beamten so, dass die Gehaltssteigerung für die Angestellten nur zum Teil oder verspätet auf die Beamten übertragen wurde. Jetzt haben die selbst betroffenen Ministerialbeamten in die Formulierung des Gesetzentwurfes einen Automatismus hineingeschrieben: Künftig soll der Beschluss des Landtages um jeweils einen festen Prozentsatz erhöht werden, der schon heute für die Zukunft festgelegt wird.

Noch unverständlicher ist der Vorschlag, ein Altersgeld einzuführen. Davon sollen die Beamten profitieren, die freiwillig aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden, um eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft aufzunehmen. Hintergrund sind die unterschiedlichen Regelungen zur Altersversorgung: Als Beamter erwirbt man mit der Dienstzeit einen Anspruch auf Pension. Scheidet man vorzeitig aus, wird der Beamte vom Land in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Er erhält dann die Rentensumme, die er bei einer gleichvergüteten Beschäftigung in der Privatwirtschaft für den Zeitraum auch erworben hätte. Diese sind aber deutlich niedriger als seine rechnerischen Pensionsansprüche. Jetzt soll das Altersgeld diese Differenz ausgleichen: Eine Wechselprämie also.

Das ist aber genau das Gegenteil der politischen Zielsetzung! Es kann nicht im Interesse der Steuerzahler sein, dass qualifizierte und erfahrene Beamte dafür belohnt werden, Wissen und Erfahrungen in den letzten Berufsjahren noch einmal in der Privatwirtschaft einzusetzen – im Gegenteil: Diese Kräfte müssen gerade gehalten werden! Deshalb lehnen wir die Einführung eines Altersgeldes ab.

Für uns gilt: Wir brauchen einen guten öffentlichen Dienst. Bei insgesamt weniger Stellen könnten die verbleibenden Beamten auch leistungs- und qualifikationsgerecht bezahlt werden.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)



Ulrich Marsau bereist regelmäßig die kaffeeproduzierenden Länder wie Brasilien, Costa Rica, Kolumbien und Indonesien. Der Rösterei-Chef pflegt den persönlichen Kontakt zu seinen Händlern und wählt die kostbaren Rohbohnen auf den Plantagen auch selbst aus.

# Mit Kaffee der Krise getrotzt

Vorgestellt: Die „Rösterei Coffeum“ und ihre Strategie im Umgang mit der Pandemie

**Wenn das feine Aroma von frisch gemahlten Bohnen einen Raum erfüllt – wer bekommt da nicht Lust auf eine Tasse Kaffee oder einen Espresso? Auch in der aktuellen Corona-Krise bleibt Kaffee ein fester Bestandteil unseres Lebens.**

„Kaffee hilft uns besonders im Homeoffice, die Zeit gut zu überstehen. Die geschmackliche Vielfalt, die Kaffee zu bieten hat, faszinierte mich schon immer. Im Spezialitätensegment schmeckt jeder Kaffee besonders, von Schokolade über Steinfrüchte bis hin zu Tabak, lässt sich alles geschmacklich finden,“ schwärmt Ulrich Marsau, Kaffee-Sommelier und Geschäftsführer der „Rösterei Coffeum“.

Das Caféhaus befindet sich seit 22 Jahren direkt in der Hamburger City nahe dem Hauptbahnhof mit einem historisch anmutenden Ladengeschäft und gemütlichen Sitzmöglichkeiten im Außenbereich. Es bietet mit mittlerweile über 50 verschiedenen Sorten ein beeindruckendes Kaffee-Sortiment, das man übrigens auch online erwerben kann. Zunächst war es nur ein Hobby, doch aus seiner Liebe zum Kaffee entwickelte sich mehr, und Ulrich Marsau machte seine Leidenschaft zum Beruf: Er baute sich eine kleine, feine Spezialitätenrösterei auf, die nun seit 1998 für exzellenten Kaffeegenuss steht. Ulrich Marsau legt viel Wert auf nachhaltigen Anbau und Bio-Qualität. Die Rösterei bezieht ihren Rohkaffee direkt von den Farmern der Plantagen aus Brasilien, Costa Rica, Kolumbien oder Indonesien, zu denen er als Geschäftsführer immer auch den persönlichen Kontakt pflegt. Die Bezahlung der Arbeiter liegt deutlich über dem Fair-Trade-Preis, der ohnehin schon weit

über dem Weltmarktpreis liegt. Hierzu sagt Marsau: „Nach Möglichkeit bezahlen wir den Farmern mindestens den doppelten Fair-Trade-Preis. Nur wenn auch der Kaffeebauer von seiner Arbeit leben kann, können wir mit gutem Gewissen weiter rösten.“

Das Gastgewerbe ist von der Corona-Krise gebeutelt wie kaum eine andere Branche. Doch die Rösterei Coffeum hatte Glück im Unglück, da sie zum sogenannten LEH gehört, dies bezeichnet ein Handelsunternehmen im Einzelhandel mit einem Sortiment, das überwiegend aus Lebensmittel besteht. Aus diesem Grund musste Marsau

***Für uns gibt es nichts Wichtigeres als unsere Mitglieder. Deshalb geben wir Ihnen an dieser Stelle zukünftig die Möglichkeit, sich von uns vorstellen zu lassen.***

sein Ladengeschäft nicht schließen. „Weil wir selber sehr verunsichert waren, haben wir aber schon Anfang März reagiert und unsere Sitzplätze innen stillgelegt, einen Desinfektionsspender vor der Tür angebracht und später die Anzahl der Außenplätze halbiert.“ Mitte März, als dann der komplette Lockdown kam, begann der seit vielen Jahren bestehende Versandhandel der Rösterei regelrecht zu boomen. „In diesem Punkt hatten wir gegenüber den anderen Röster-Kollegen, die sich in der Vergangenheit nur auf die Gastronomiekunden konzentriert haben, einen deutlichen Vorteil“, sagt Marsau. Dennoch musste der

Geschäftsführer sein Team um die neuesten Aushilfen und eine Vollzeitkraft von 24 auf 18 Mitarbeiter verkleinern und die vorhandenen Arbeitsplätze umstrukturieren. Das Geschäft wurde für den Kundenverkehr geschlossen und der gesamte Betrieb kurzerhand auf den Versand umgestellt. Die Baristas arbeiteten als Konfektionierer oder Verpacker und die Verkäufer wurden zu Kundenberatern am Telefon und bedienten den Webshop.

Die Sicherheit der Kunden, Lieferanten und Mitarbeiter hatte laut Marsau dabei oberste Priorität. Die Anlieferung der Rohware sowie die Übergabe der Röstware werden heute kontaktlos durchgeführt. Mit all diesen Maßnahmen und einem geringen Anteil an Kurzarbeit konnte das Hamburger Caféhaus die Corona-Krise bisher zusehendermaßen meistern: „Auch die staatliche Einmal-Unterstützung haben wir nicht beantragt, denn wir kommen hier bis jetzt mit einem blauen Auge gut durch und ich denke, das Geld sollte für die Betriebe bleiben, die es wirklich dringender benötigen. Gut, dass hier auch der Bund der Steuerzahler ein Auge auf die Ausgaben des Staates hat.“

Geschäftsführer Ulrich Marsau bleibt bodenständig und bescheiden und hofft, dass seine Kunden ihren frisch gebrühten Kaffee schon bald wieder in dem gemütlichen Ambiente des Coffeums genießen können. (Einen ausführlicheren Bericht zur „Rösterei Coffeum“ finden Sie auf [www.steuerzahler.de/hamburg](http://www.steuerzahler.de/hamburg))

**Angela Sundermann**  
[sundermann@steuerzahler-hamburg.de](mailto:sundermann@steuerzahler-hamburg.de)



## Koalitionsvertrag ignoriert aktuelle Finanznot

**Es wäre so schön gewesen: Erst hätte der Finanzsenator die neue Steuerschätzung vorlegen und der Stadt erneut bescheinigen können, dass die Einnahmen weiter steigen werden. Und kurz darauf hätten die Wahlsieger, SPD und Grüne, ihren neuen Koalitionsvertrag der Öffentlichkeit vorstellen können – mit allerlei neuen kostspieligen Projekten.**

Aber wie sagte ein SPD-Kanzlerkandidat mal so schön: „Hätte, hätte, Fahrradkette!“ Nein, in diesem Jahr, im Corona-Jahr, ist alles anders.

Spätestens als Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) Ende Mai die Frühjahrs-Steuerschätzung vorstellte, wurden jeder Hamburgerin und jedem Hamburger die finanziellen Folgen des wochenlangen Lockdowns vor Augen geführt. Lagen die in Hamburg verbleibenden Steuern 2019 noch bei fast 12,5 Milliarden Euro, gehen die Verantwortlichen für das aktuelle Jahr von weniger als 11 Milliarden Euro aus. Das Niveau von 2019 soll erst 2022 wieder erreicht werden. „Erschwerend kommt hinzu, dass die aktuelle Prognose mit extrem hohen Unsicherheiten behaftet ist“, so der städtische Schatzmeister. Aber schon jetzt sei klar, dass die finanziellen Folgen der Pandemie die Politik noch sehr lange beschäftigen werden. Und dennoch: „Der laufende Etat für dieses Jahr ist solide durchfinanziert, so dass wir an keiner Stelle jetzt hektisch gegen die Krise ansparen müssen“, versuchte Dressel die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Die vom Finanzsenator ausgestrahlte Ruhe könnte übrigens auch damit zusammenhängen, dass die in der Corona-Krise aufgenommenen 1,5 Milliarden Euro an zusätzlichen Schulden erst ab dem Jahr 2025 zurückgezahlt werden sollen – andere Bundesländer zeigen sich in ihren Tilgungsplänen deutlich ambitionierter. Und da exakt 2025 die nächste Bürgerschaftswahl stattfindet, werden die mit der Rückzahlung verbundenen Anstrengungen dem nächsten Senat bzw. den nächsten Senaten aufgebürdet.

Wirft man nun noch einen Blick auf den Koalitionsvertrag, den Sozialdemokraten und Ökopartei jüngst vereinbart haben, gewinnt man sowieso nicht den Eindruck, als könnte es in der kommenden Legislaturperiode aufgrund anstehender finanzieller Engpässe ein Weniger an Projekten geben. Immerhin wurde das Vertragswerk von 115 Seiten (für die abgelaufene Wahlzeit) auf 205 Seiten (für die nun beginnende Legislaturperiode) aufgebläht.

Natürlich, ein Koalitionsvertrag ist oft nur ein bunter Blumenstrauß, in dem jeder Partner versucht, möglichst viele seine Herzensangelegenheit unterzubringen. Und so liest sich das Werk auch wie ein milliarden-schweres Investitionsprogramm. Beispielfähig hierfür stehen die angedachten bzw. schon in den vergangenen fünf Jahren angeschobenen Projekte im Bereich Verkehr. Eine Auswahl: Abschaffung des Schnellbuszuschlags, Einführung eines kostenlosen

HVV-Schüler\*innentickets, Umbau der Bus- und Bahnflotte hin zu emissionsfreien Antrieben, Schaffung neuer Buslinien, Erhöhung der Anzahl an Bushaltestellen um mehrere Hundert, mittelfristige Erhöhung des Bauvolumens für Fahrradwege auf 100 Kilometer pro Jahr, 40.000 Fahrradstellplätze an S- und U-Bahn-Haltestellen, Erweiterung des StadtRAD-Netzes um 145 Stationen, Umbau und Erweiterung des Hauptbahnhofs, Verlagerung des Fernbahnhofs Altona zum Diebsteich, Ausbau der Linie S21, Ausbau der Linie U4, Bau der Linie S4, Bau der Linie S32, Bau der Linie U5...

Selbstverständlich, aufgrund des fortschreitenden Klimawandels gibt es keine Alternative zu hohen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, so dass Hamburg am Ende einen nennenswerten Beitrag zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes leisten kann. Natürlich wird auch der Bund einen beachtlichen Anteil zum Ausbau des ÖPNV beitragen. Und dennoch fragt sich der aufmerksame Beobachter, wie all die im Koalitionsvertrag genannten Projekte, nicht nur im Bereich Verkehr, finanziert werden sollen. Insbesondere vor dem Hintergrund der mittelfristig wegbrechenden Steuereinnahmen im Zuge der Corona-Krise.

Beruhigend wirken da zumindest die Aussagen in der Präambel der Vereinbarung: „Alle Ziele und Maßnahmen dieses Koalitionsvertrages stehen unter dem strikten Vorbehalt der Finanzierbarkeit, sie sind im Rahmen der jeweiligen, coronabedingt ggf. anzupassenden Haushaltseckwerte zu finanzieren.“ Neue Maßnahmen, die bislang nicht veranschlagt wurden oder für die bislang nicht haushalterisch anderweitig Vorsorge getroffen wurde, müssten durch Umschichtungen innerhalb des Ressorts oder zwischen Ressorts finanziert werden.

Die kommenden Monate versprechen also durchaus spannend zu werden. Der Senat wird im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushalts 2021/2022 Prioritäten setzen müssen. Es wird sich zeigen, ob die Politik nach den „fetten Jahren“ noch dazu in der Lage ist, gegebenenfalls auch mal Projekte, die aufgrund sinkender Einnahmen nicht mehr zu finanzieren sind, zu beerdigen. Spätestens mit dem neuen Haushalt wird sich zeigen, was der 205 Seiten umfassende Koalitionsvertrag überhaupt wert ist.

**Christoph Metzner**  
metzner@steuerzahler-hamburg.de

# Kultur- oder nur eine Zwickmühle?

**Immer wieder beschäftigt uns an dieser Stelle die „Kulturmühle“ in Parchim. Das Leuchtturmprojekt des Landkreises Ludwigslust-Parchim war kürzlich erneut Thema im Landkreistag. Trotz explodierender Baukosten wurde das Megaprojekt nun beschlossen.**

Ein Leuchtturm soll sie werden – die Kulturmühle in Parchim. Doch von der Idee im Jahr 2014 bis heute haben sich die Baukosten von ehemals rund 21 Millionen Euro auf nunmehr 40 Millionen Euro nahezu verdoppelt. Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. hat das Projekt in der Vergangenheit bereits mehrfach kritisiert.



Die Landesgeschäftsführerin Diana Behr (Bild) erklärt weshalb: „Zweifellos sind Investitionen in das kulturelle Leben für die Menschen im Landkreis genauso wichtig wie für mögliche Investoren.“

Gerade in dieser Zeit spüren wir alle, welche Bedeutung Kunst und Kultur – und ihre Abwesenheit – für unser Leben und Wohlbefinden haben. Als Mittelzentrum kommt der Stadt Parchim in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Doch nun in Anlehnung an die Elbphilharmonie von der „Eldi“ zu sprechen, ist schon sehr verklärt.“

Als im Jahr 2014 klar wird, dass das Junge Theater in Parchim nicht im alten Gebäude in der Blutstraße bleiben kann, reift der Plan, nicht nur das Theater, sondern auch das Museum und die Touristinformation an einem neuen Standort zusammenzuführen. Die Elde-Mühle – ein braches Industriegebäude – rückt in das Interesse der öffentlichen Investoren. Bereits der Ankauf der ehemaligen Elde-Mühle zum Preis von rund 400.000 Euro im Jahr 2015 zur Realisierung dieses Projektes erscheint jedoch reichlich ambitioniert, weiß doch jeder, dass die Sanierung plus Aus- und Umbau eines solchen Gebäudes nicht leicht zu realisieren ist. „Die öffentliche Hand muss darauf achten, dass die Steuergelder wirt-

schaftlich und sparsam eingesetzt werden. Kommt es zu einer Kostenexplosion, wie im vorliegenden Fall, muss die Planung überprüft und auch andere Alternativen zur Umsetzung, wie etwa ein kostengünstigerer Neubau, geprüft werden“, sagt Diana Behr. Diese Anstrengungen vermisst der Bund der Steuerzahler M-V im Zusammenhang mit der Kulturmühle, insbesondere vor der neuen Ungewissheit durch die Entwicklungen in der Corona-Pandemie. Dennoch gibt es auch gute Nachrichten: „Die beschlossene Deckelung des Eigenanteils für die Stadt Parchim ist ein gutes Signal. Mit einem Anteil von insgesamt rund 13 Millionen Euro für Theater, Museum und Touristinformation überschreitet die Stadt aus Sicht des Steuerzahlerbundes schon heute die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Eine weitere prozentuale Beteiligung bei womöglich noch weiter steigenden Kosten wäre fatal“, sagt Diana Behr. Bis 2022 muss die Kulturmühle fertig sein, um alle versprochenen Mittel abrufen zu können.

*Michaela Skott*  
[presse@steuerzahler-mv.de](mailto:presse@steuerzahler-mv.de)

## Unsere Rubrik: **Drei Fragen an Dirk Flörke**

*Bürgermeister von Parchim, Kreisstadt und Mittelzentrum mit 19.000 Einwohnern*

**Das Konjunkturpaket des Bundes verspricht den Kommunen, den Verlust durch die einbrechenden Einnahmen der Gewerbesteuer auszugleichen. Passt diese Maßnahme aus Ihrer Sicht oder hätte Parchim etwas anderes gebraucht?**



Wenn es denn einen Ausgleich geben sollte, ist dies schon eine enorme Hilfe für den städtischen Haushalt. Und viel mehr bräuchte es für die Stadt Parchim aus meiner Sicht auch nicht.

Die größten Herausforderungen stellen aktuell tatsächlich die gesunkenen Gewerbesteuerzahlungen dar. Unterm Strich sprechen wir für das Jahr 2020 mittlerweile schon über einen kleinen 7-stelligen Betrag. Aber auch die drohenden Einnahmever-

luste aus den Einkommen- und Umsatzsteueranteilen, die aufgrund der schwächelnden Wirtschaft nicht mehr in den geplanten Größenordnungen ausgereicht werden können, treffen die Gemeinden hart. Neben den Gewerbesteuerverlusten ist auch hier ein Minus von mehreren Hunderttausend Euro für die Stadt Parchim zu erwarten. Wenn auch in diesem Bereich, auch vor dem Hintergrund der zusätzlichen Umsatzsteuerausfälle durch die temporäre „Mehrwertsteuer“-Senkung, ein gewisser Ausgleich bei den Kommunen ankommt, werden wir die Krise eventuell mit einem blauen Auge überstehen.

**Mit der „Kulturmühle“ kommt eine große Ausgabe auf die Stadt Parchim zu. Insgesamt stehen fast 13 Millionen Euro auf dem Plan. Kann Parchim sich das wirklich leisten?**

Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt eingestellt, von daher können wir es

uns leisten. Wir wollen uns dieses Projekt aber auch leisten, weil wir ganz einfach an den ungeheuren Mehrwert dieses kulturellen Zentrums glauben, für Parchim, die Region und darüber hinaus.

Ein tolles Theater mit einem tollen Ensemble und ein modernes Museum mit vielen verschiedenen Angeboten werden entstehen. Damit gibt es die vielfältigsten Angebote, und diese dann auch für alle Altersgruppen. Wir jedenfalls freuen uns auf unsere „Kulturmühle“.

**Zuletzt hatten der Landesrechnungshof und der Bund der Steuerzahler die Stadt Parchim für den Betrieb von „Minus 181“, einem Unternehmen, das ein Luxusmineralwasser vertreibt, kritisiert. Bleibt es dabei, wird das Unternehmen privatisiert?**

Ja, momentan wird intensiv nach privaten Partnern gesucht.

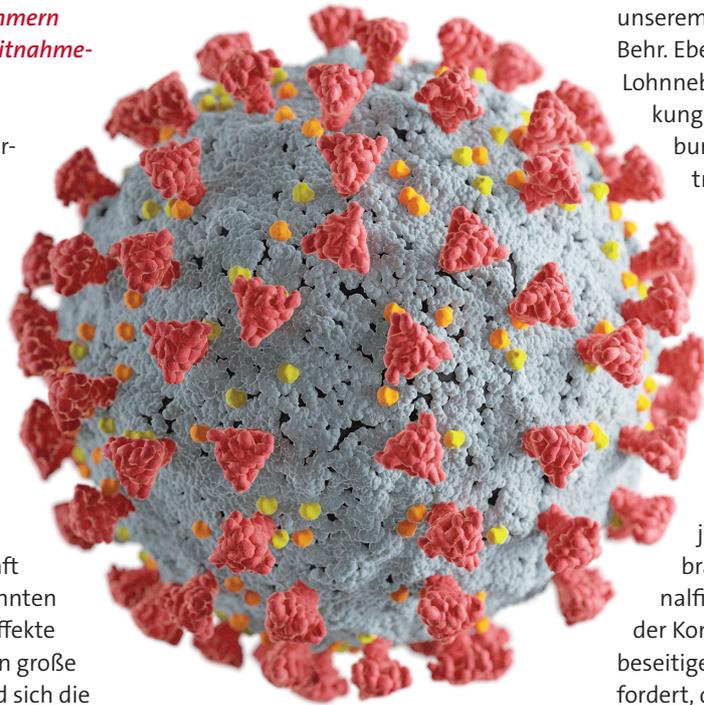
# Konjunkturprogramm bringt spürbare Effekte aber...

...es bleibt das Problem von Mitnahmeeffekten durch Unternehmen mit Problemen

**Das Konjunkturprogramm des Bundes wird auch für Mecklenburg-Vorpommern spürbare Effekte bringen, stellt der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. fest. Aber er warnt auch vor Mitnahmeeffekten.**

„Die zeitweilige Senkung der Mehrwertsteuer ist eine gute Lösung“, findet Landesgeschäftsführerin Diana Behr – auch wenn die kurzfristige Umsetzung eine Vielzahl von Unternehmen zunächst vor Herausforderungen stellt. Doch, so schränkt Diana Behr auch ein: „Das kommt natürlich nur dann allen zugute, wenn Handel und Dienstleister diese Senkung auch an ihre Kunden weitergeben.“ Vor allem die krisengebeutelte Tourismuswirtschaft und das Gastgewerbe im Land könnten jedoch versucht sein, Mitnahmeeffekte zu erzielen, da diese Unternehmen große Umsatzeinbußen verzeichnen und sich die coronabedingten Einnahmeausfälle nicht reproduzieren lassen. „Das ist im Einzelfall sicher Abwägungssache. Ein Anspruch auf Preisanpassung haben die Verbraucher-

innen und Verbraucher nicht“, bestätigt die Steuerwächterin.



Besonders wichtig sind aus Sicht des Steuerzahlerbundes die Ausweitung der Verlustverrechnung, die Corona-Rücklage für Betriebe

sowie die degressive Abschreibung. „Das ist zu begrüßen, denn hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die den Unternehmen in unserem Land konkret helfen!“, sagt Diana Behr. Ebenso wichtig sind die Deckelung der Lohnnebenkosten und die leichte Absenkung der EEG-Umlage. Der Steuerzahlerbund lobt, dass der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende in den Jahren 2020 und 2021 von 1.908 Euro auf 4.000 Euro angehoben wird.

Das Konjunkturprogramm des Bundes enthält außerdem den kommunalen Solidarpakt 2020. Gemeinsam mit den Ländern will der Bund die Ausfälle der Gewerbesteuer für die Kommunen abfedern: „Dieser Schritt ist jetzt richtig und notwendig. Jedoch braucht es langfristig eine kommunalfinanzreform, um die Abhängigkeit der Kommunen von dieser Steuerart zu beseitigen.“ Der Bund der Steuerzahler fordert, dass die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket nun regelmäßig darauf überprüft werden, ob die gewünschten Ziele auch erreicht werden.

Foto: © Fotolia / eMirage

## Verfehlte Gesundheitspolitik

**Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. sieht die geplante Übernahme des Krankenhauses Crivitz durch den Landkreis Ludwigslust-Parchim kritisch. Diese wurde im Juni im Kreistag beschlossen.**

„Kommunalisierung ist kein Allheilmittel für eine verfehlte Gesundheitspolitik! Der Landkreis soll nun ausbügeln, was das Land versprochen und nicht gehalten hat, nämlich alle Krankenhausstandorte im Land zu erhalten“, erklärt Landesgeschäftsführerin Diana Behr. Das sei besonders vor dem Hintergrund der durch die Corona-Pandemie zu erwartenden deutlich sinkenden

Steuereinnahmen ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Die von zahlreichen Protesten begleitete Schließung des Crivitzer Kreißaals kann auf diese Weise jedoch nicht aufgehoben werden. Die Geburtsstation schloss im Juni dauerhaft. Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. muss für die Standort-sicherung in Crivitz jetzt zwingend ein privater Partner gesucht werden. Der Klinikbetreiber Medioclin betreibt noch weitere Standorte im Land. „Es ist zu befürchten, dass hier eine Blaupause entsteht, wie sich Aktiengesellschaften ihrer unrentabel geführten Häuser zu Lasten der Steuerzahler entledigen können“, erklärt Diana Behr.



# Blick durch den Norden



steht nicht allein mit dem Konflikt zwischen den finanziellen Möglichkeiten und der versprochenen Reduzierung der Umweltbelastung.

Das Aufatmen war noch in den benachbarten Bundesländern zu hören: Mit genau der Stimmenzahl, die die rot-grüne Koalition in Hamburg hat, wurde auch Bürgermeister Tschentscher im Amt bestätigt. Was nicht selbstverständlich war, denn eine so breite Mehrheit, wie sie die Koalition in der Bürgerschaft hat, ist natürlich auch eine Versuchung für solche Abgeordnete, die mit dem neuen Vertrag Bauchschmerzen haben. Es wird, unschwer vorauszusagen, weiteres Bauchgrimmen geben im rot-grünen Bündnis. Die Corona-Krise führt schließlich auch zu einem starken Rückgang der zu erwartenden Einnahmen des Stadtstaates. Gerade im Verkehrsbereich wird es schwer werden, die Fakten (also die wegbrechenden Einnahmen) und die ambitionierten Ziele der rot-grünen Koalition unter einen Hut zu bringen. Ob da der Finanzierungsvorbehalt hilft, den die Partner in ihren Vertrag geschrieben haben, muss sich noch zeigen. Fakt ist schließlich auch, dass viele der Bürgerschaftsabgeordneten im Wahlkampf versprochen haben, große Fortschritte zu machen im Kampf gegen den Klimawandel. Hamburg

Immerhin: Es hat auch eine gute Nachricht gegeben. In letzter Instanz durchgewunken wurde die Elbvertiefung. Der gebeutelte Hafen kann also hoffen, dass in absehbarer Zeit auch die ganz großen Containerschiffe wieder die Elbmündung ansteuern. Klar ist aber auch: Wenn die Hamburger Hafenwirtschaft in absehbarer Zeit die Diskussion eröffnen sollte um eine weitere Vertiefung – die in der Amtssprache gerne als Fahrrienenanpassung umschrieben wird – dann ist mit Widerstand aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu rechnen. Die Erfolgsgeschichte des Hamburger Hafens ist bei Licht betrachtet auch die Geschichte immer neuer Fahrwasservertiefungen. Ob allerdings in Zukunft in Kiel und Hannover die Landesregierungen dafür Verständnis aufbringen, muss bezweifelt werden. Dem Hamburger Hafen wünschen die Politiker der Flächenländer alles Gute, aber die Anwohner hinter den Elbdeichen sind ihre Wähler: Es wird sich zeigen, ob der Senat der Freien und Hansestadt und vor allem die rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft das Thema mit dem nötigen Fingerspitzengefühl behandeln.

## BdSt intern:

### Bodo Adolphi †

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von Bodo Theodor Adolphi (\* 22. August 1939 in Hamburg, † 17. Mai 2020 ebenda). Er war langjähriges Mitglied in unserem Verband und wurde im vergangenen Jahr in den Verwaltungsrat gewählt. Im Namen des Verwaltungsrats, des Vorstands und der Geschäftsstelle des Bundes der Steuerzahler Hamburg e.V. sprechen wir seinen Angehörigen und Freunden unser tiefes Mitgefühl aus.

### Delegiertenversammlung in Kiel

Die diesjährige Delegiertenversammlung des BdSt Schleswig-Holstein wird wie geplant am Mittwoch, 30. September 2020, in Kiel unter Einhaltung der besonderen Hygiene- und Abstandsvorgaben stattfinden können. Die im Anschluss vorgesehene traditionelle öffentliche Vortragsveranstaltung mussten wir dagegen absagen. Wir planen stattdessen eine kleine Podiumsdiskussion mit unseren Delegierten.

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

**Redaktion:** BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, [www.nord-kurier.de](http://www.nord-kurier.de), E-Mail: [info@nord-kurier.de](mailto:info@nord-kurier.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Christoph Metzner, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich  
**Auflage:** 21.000, 49. Jahrg., 7+8/2020

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de), 04334/18 91 18

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

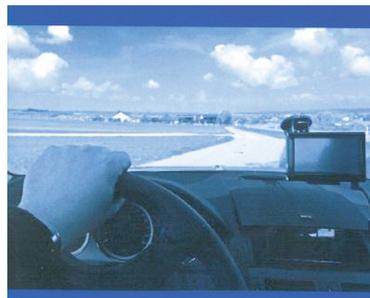
## Fahrtenbuch spart Steuern



Das Führen eines Fahrtenbuches ist eine mühevollere Angelegenheit. Doch es ist eine Mühe, die sich in Euro und Cent auszahlen kann. Denn viele Steuerabzugsmöglichkeiten können nur genutzt werden, wenn als Beleg für die berufliche Nutzung des Fahrzeuges ein Fahrtenbuch geführt wird. Gleichzeitig steigen die Anforderungen der Finanzverwaltung an die Fahrtenbuchführung, die bei Steuerprüfungen immer wieder zu Beanstandungen und damit Rückzahlungen führt.

Der Bund der Steuerzahler hat deswegen ein eigenes Fahrtenbuch aufgelegt, mit dem wir Ihnen die leidigen Aufzeichnungspflichten ein wenig erleichtern wollen. Das Heft entspricht den Vorgaben der Finanzverwaltung und kann deswegen dabei helfen, Steuern zu sparen.

Das Fahrtenbuch kann angefordert werden zum Preis von 2,00 Euro inklusive Versand beim



Steuern sparen mit dem Fahrtenbuch



**NORD-KURIER**  
Verlag und Werbe GmbH  
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel  
Tel. 04 31 / 99 01 65-0,  
Fax 04 31 / 99 01 65-11  
[info@nord-kurier.de](mailto:info@nord-kurier.de)

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.